

STADT-ZEITUNG 04

2025

Info der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft des Stadtverbandes Düsseldorf

7%

**MIT
WEIHNACHTS-
GESCHICHTE**

GEW



**Alle Fotos ohne Namensnennung:
© Stadtverband GEW-Düsseldorf**

**Der Bezugpreis
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten**

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung
des Herausgebers bzw. der Redaktion wieder.**

Herausgeber

GEW-Stadtverband Düsseldorf
Friedrich-Ebert-Straße 34-38
40210 Düsseldorf
Telefon: (0211) 36 39 02
Fax: (0211) 600 91 47
geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de
www.gew-duesseldorf.de
fb: GEWduesseldorf

Geschäftsführerin

Anja Mühlenberg
Geschäftszeiten:
Mo/Mi 9-13
Di 13:30-17:30
Do 13:30-16:30

Redaktion

Dr. Sylvia Burkert
Telefon: (0211) 9 95 98 59
Mobil: 0172 4031950
eMail: dr.burkert@gew-duesseldorf.de

Satz/Layout

kuttner, Beschriftung.Produktion.Design
Sven Kuttner
Sulzbachstraße 95
40223 Düsseldorf
Telefon: (0211) 15 93 98 21
eMail: info@beschriftungen-kuttner.de
www.beschriftungen-kuttner.de

Druck

TIAMAT druck GmbH
Luisenstrasse 69
40215 Düsseldorf

JHV

- 6** Einladung zur Jahreshauptversammlung 24.3.2026
- 7** Einmaleins der GEW: Was ist eigentlich eine Jahreshauptversammlung?
Von Anja Mühlenberg

TARIF

- 8** Alle Jahre wieder: Eine Tarifpolitische Weihnachtsgeschichte in Bildern!
Von Sandro Monachello
- 11** Tarifwissen- Wen vertreten die Gewerkschaften
in der Tarifrunde TV-L 2025/26 des öffentlichen Dienstes?
- 12** Forderungen für die anstehende Länder-Tarifrunde beschlossen.
- 14** Die GEW auf dem Weg zur Tarifgewerkschaft
Von Gero Wollgarten

GEGEN RECHTS

- 16** Die AFD hat keinen Platz an unseren Schulen! Von Kaspar Michels
- 17** AFD bundesweit „rechtsextremer Verdachtsfall“
- 18** Normalisierung von Rechts: Die neue Mitte-Studie
- 20** Petition – Lehrkräfte stärken gegen Hass und Hetze

STADTPOLITIK

- 22** Düsseldorf hat gewählt
Von Detlev Wöske
- 24** Nachtrag von Kaspar Michels
- 25** Mehrheitsverhältnisse im neuen Stadtrat

SCHULPOLITIK

- 26** Deutscher Schulpreis – man gönnt sich ja sonst nichts!
Von Ulrike Hund
- 28** 180 neue Referendare
Von Kristin Deutsch
- 29** Die Kohle muss stimmen ...auch im Referendariat.

ADRESSEN

- 30** Unsere Personalrätinnen und Personalräte



//

**Wir brauchen deutliche
GEHALTSERHÖHUNGEN.**

**Denn auch wenn die
Inflationsrate nicht mehr
so hoch ist wie in den
Jahren zuvor,
STEIGEN DIE PREISE
WEITER.**

Maike Finner,
GEW Vorsitzende

GEW

**PROFIS
BRAUCHEN
MEHR**

TARIFRUNDE Länder 2025/26



STREIKSEMESTER

Mit der kommenden Tarifrunde der Länder steht ein Arbeitskampf bevor, in dem die TVStud-Bewegung- die Tariffbewegung für einen Tarifvertrag der studentischen Beschäftigten - deutlich machen wird, dass sich Hochschulangehörige verbünden und bereit sind, füreinander einzustehen. Denn an den Hochschulen arbeiten mehr als 300.000 studentische Beschäftigte ohne Tarifvertrag.

In der Tarifrunde 2023 hat die HHU beeindruckend ihre Streikbereitschaft bewiesen. Diesmal führen wir deswegen erstmalig unseren dezentralen Streiktag im TV-L Kampf an der Uni durch. Ausführliche Informationen, wie es an der HHU mit Bezahlung und Tarifvertrag aussieht, in dieser Ausgabe!

Forschung und Lehre auf Sparflamme?

Schon im Sommer hat die GEW die Länder zu einem Kurswechsel in der Hochschulfinanzierung aufgefordert. „Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein ... immer mehr Landesregierungen kündigen massive Kürzungen der Hochschulhaushalte an. Es droht nicht nur eine Verschlechterung der Studien- und Arbeitsbedingungen, sondern auch ein Abbau von Studienplätzen – obwohl Deutschland nicht weniger, sondern mehr akademisch qualifizierte Fachkräfte braucht“, sagte Andreas Keller, GEW-Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung. 84 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen an Universitäten seien befristet beschäftigt, an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften seien es 78 Prozent – bei einer

durchschnittlichen Vertragslaufzeit von 18 beziehungsweise 15 Monaten. „Die Folgen sind dramatisch: prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse sowie unsichere Berufsperspektiven für die meisten Wissenschaftler*innen, Qualitätseinbußen in Lehre und Forschung, Abhängigkeiten und Machtmissbrauch, sinkende Attraktivität der Arbeitsplätze an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.“ Der Wissenschaftsrat kritisiert seit vielen Jahren die Personalstrukturen an den Hochschulen und legte zuletzt im Sommer ein Positionspapier zu dringend notwendigen Änderungen vor. Wenn diese Empfehlungen nicht bald auf Bundes- und Landesebene in konkretes Handeln münden, wird der Arbeitsplatz Hochschule, angesichts der geplanten Kürzungen, noch unattraktiver.



Wann, wenn nicht jetzt – wer, wenn nicht wir?!

Der Düsseldorfer Stadtverband unterstützt daher die Beschäftigten an den Hochschulen nach Kräften!

Sylvia Burkert, Gero Wollgarten

EINLADUNG ZUR JHV AM DIENSTAG, 24. MÄRZ 2026

im Gewerkschaftshaus, Friedrich-Ebert-Str. 34-38, 18.00 -21.00 Uhr

Alle Mitglieder des Düsseldorfer Stadtverbandes der GEW sind ganz herzlich eingeladen!
Im 1. Teil der JHV ziehen wir Bilanz, beraten und verabschieden die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit. Und neu: im 2. Teil der JHV wird es gemütlich!
Die Rechenschaftsberichte der Fachgruppen und den Leitantrag des Vorstandes findet ihr in der nächsten Nummer der Stadtzeitung bzw. auf unserer Homepage.

1. Teil JHV: 18.00 bis 19.30 Uhr

Als Tagesordnung für die JHV ist vorgesehen:

1. Begrüßung und Formalia
2. Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Aussprache
3. Rechenschaftsbericht des Kassierers und Aussprache
4. Bericht der Kassenprüfer*innen
5. Entlastung des Kassierers
6. Entlastung des Vorstandes
7. Wahl der Kassenprüfer*innen
8. Vorstellung des Haushalts 2026
9. Leitantrag und Anträge
10. Verschiedenes

Antragsschluss ist der 9.3.2026.

Alle später eingehenden Anträge werden nur im Falle von Dringlichkeit auf der Jahreshauptversammlung behandelt.



2. Teil der JHV: 19.30 bis 21.00

Bei leckerem Essen von Clowns und Helden können wir uns austauschen, tratschen und klatschen – für die sonst übliche Fortbildung im 2. Teil der JHV war kein passender Raum mehr frei. Es soll aber keine Notlösung sein, sondern ein Austausch der anderen Art!

Für den Vorstand Dr. Sylvia Burkert, Gabriella Lorusso, Monika Maraun,
Leitungsteam
Düsseldorf, den 12.11.2025

EINMALEINS DER GEW



Was ist eigentlich eine Jahreshauptversammlung?

Von Anja Mühlenberg, Geschäftsführerin der GEW Düsseldorf

Die Jahreshauptversammlung eines Ortsverbands der GEW ist eine besondere Mitgliederversammlung und neben dem Vorstand das wichtigste Organ eines GEW-Ortsverbandes. Sie findet einmal im Jahr statt. Das ist in der Satzung so festgelegt. Zur Jahreshauptversammlung sind alle Mitglieder eines Ortsverbandes eingeladen, die Teilnahme möglichst vieler Mitglieder ist ausdrücklich erwünscht.

Auf der Jahreshauptversammlung nehmen die Mitglieder den Rechenschaftsbericht des Vorstands über seine Arbeit im vergangenen Jahr entgegen und verabschieden den Haushalt der GEW für das laufende Jahr. Anträge zur Arbeit der GEW vor Ort können ebenfalls gestellt und verabschiedet werden. Daneben dient die Versammlung auch immer dem persönlichen, kollegialen und fachlichen Austausch.

Der Rechenschaftsbericht

Der Vorstand ist, ähnlich wie bei Vereinen, verpflichtet, den Mitgliedern über seine Arbeit Rechenschaft abzugeben. Das heißt, dass er darlegt, an welchen Themen er wie gearbeitet hat. So wird es den Mitgliedern möglich zu überprüfen, ob satzungskonform, verantwortungsbewusst und in ihrem Sinne gehandelt wurde und wird. Der Rechenschaftsbericht wird in der Stadtverbandszeitung und auf der Homepage veröffentlicht und liegt somit allen Mitgliedern vor. Auf der Jahreshauptversammlung gibt es dann die

Möglichkeit, Fragen zu stellen und Kritik zu äußern. Vorschläge und Wünsche für die Arbeit des neuen Jahres können beim Tagesordnungspunkt „Anträge“ eingebracht werden.

Anträge und Leitantrag

Traditionell schlägt der Vorstand in seinem Leitantrag Grundzüge seiner Arbeit für das aktuelle Jahr vor. **Der Text dieses Antrages liegt allen Mitgliedern in der nächsten Ausgabe der Stadtverbandszeitung (1/26) sowie auf der Homepage vor.** Hier haben alle Mitglieder die Möglichkeit, Einfluss auf die Arbeit des Vorstandes (und somit der GEW Düsseldorf) zu nehmen, indem sie die vorgelegten Ideen begutachten und gegebenenfalls ändern oder ergänzen. Über solche Vorschläge stimmt die Versammlung ab. Ebenso ist es möglich, eigene Anträge an die Jahreshauptversammlung zu formulieren. Hierbei kann es um jedes Thema gehen, das die GEW Düsseldorf berührt. Auch über diese Anträge stimmt die Versammlung ab. Solche Anträge müssen bis zu einem bestimmten Datum vorliegen, diesmal bis zum 9.3.2026. Eine Ausnahme bilden Anträge, die aufgrund ihres dringlichen Inhaltes nicht vorher eingereicht werden konnten.

(Aus der Stadtzeitung 1/22, aktualisiert von der Redaktion)

ALLE JAHRE WIEDER: EINE TARIFPOLITISCHE WEIHNACHTSGESCHICHTE IN BILDERN!

Von Sandro Monachello, Vorstand,
verantwortlich für Tarifpolitik



Unter all den Geschenken versteckt sich dieses Jahr **ein ganz besonderer Schatz**, der selbst jene zum Strahlen bringen wird, die mit dem Aufstellen von Weihnachtsbäumen nicht geübt sind: Die Forderungen für die im Dezember gestarteten Tarifverhandlungen sind raus!

Diese sind das Ergebnis eines intensiven internen Prozesses, an dem zahlreiche Kolleginnen und Kollegen sich beteiligt haben

Forderungen stehen seit dem 17.11.:

- 7 Prozent mehr Gehalt,
- mindestens aber 300 Euro mehr Gehalt monatlich,
- 200 Euro mehr für Auszubildende und Praktikant*innen,
- die Weiterentwicklung der Lehrkräfte-Entgeltordnung,
- einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte.

Wie **die drei Weisen aus dem Morgenland**, die voller Entschlossenheit und Willenskraft loszogen, wird auch unsere GEW mit Schwung und Standhaftigkeit unsere Interessen gegenüber den Ländern vertreten.



Nichts wird uns geschenkt werden!

Und dennoch: Wenn wir uns alle vom funkelnden Weihnachtsstern der Solidarität verzaubern lassen, dann wird es klappen, dass nicht nur das Christkind seine Gaben bekommt. Genießt die stillen Tage mit euren Liebsten und erzählt ihnen, wie wunderbar die Zeit sein kann, wenn deine Arbeit für eine faire und gerechte Bildung endlich anständig honoriert wird. Auch so kann eine Weihnachtsgeschichte ein schönes Ende finden.



Wenn die Adventskerzen erloschen sind, das Glöckchen nicht mehr läutet, der Stollen ausgegessen und die Plätzchendose fast leer ist, kündigt sich schon das neue Jahr an. Gute Vorsätze sind wichtig, mit noch mehr Geld werden diese besser und sicher auch schöner.

Einer davon ist besonders wichtig für uns alle:

**Deine Streikbereitschaft!
Es wird nämlich knallen,
nicht nur an Silvester!**

Vor der dritten Verhandlungsrunde im Februar werden wir alle zeigen müssen, dass unsere Forderungen überhaupt nichts mit einem Wunschzettel zu tun haben.

**Es geht ums Ganze!
Um dich!
Um uns!**

Also, liebe Kollegin, lieber Kollege,
lasst uns gemeinsam
die stille Nacht
zum lauten Tag machen!



Bis dahin
und mit
oder
ohne Krippe:
Schönes Fest!



TARIFWISSEN

In der Tarifrunde TV-L 2025/26 vertreten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Interessen von:

- angestellten Lehrkräften,**
- Beschäftigten**
- in Multiprofessionellen Teams (MPT),**
- Lehrkräften für Herkunftssprachlichen Unterricht (HSU),**
- sozialpädagogischen Fachkräften in der Schuleingangsphase (SEP),**
- Werkstattlehrkräften und Fachlehrkräften,**
- Seiteneinsteiger*innen,**
- Schulsozialarbeiter*innen,**
- Tarifbeschäftigten an Hochschulen**
- allen studentischen und wissenschaftlichen Beschäftigten,**
- sonstigen Beschäftigten im Bildungsbereich im TV-L.**

Was ist der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L)?

- Der TV-L ist zwischen allen Bundesländern – außer Hessen – mit den Gewerkschaften abgeschlossen, auch mit der GEW. Damit gilt er nach dem Tariffrecht direkt für tarifbeschäftigte Lehrkräfte und weiteres (sozial-)pädagogisches Personal, die Gewerkschaftsmitglieder sind. Für diejenigen Beschäftigten, die nicht der GEW oder einer anderen Gewerkschaft angehören, gilt der Tarifvertrag kraft einer entsprechenden Normierung im Arbeitsvertrag.
- Der TV-L regelt unter anderem die monatliche Vergütung. Bei der Einstellung werden tarifbeschäftigte Kolleg*innen dafür verschiedenen Entgeltgruppen zugeordnet. Diese Eingruppierung wurde für Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase in einem eigenen Tarifvertrag vereinbart: dem Tarifvertrag über die Eingruppierung und die Entgeltordnung für die Lehrkräfte der Länder (TV EntGO-L).

GEW FORDERT 7 PROZENT,

mindestens 300 Euro mehr für Landesbeschäftigte!

Berlin, 17. November 2025 – Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben heute in Berlin ihre Forderungen für die anstehende Länder-Tarifrunde beschlossen. Sie fordern eine Entgeltsteigerung um 7 Prozent, mindestens aber um 300 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Die Entgelte für Auszubildende und Praktikant*innen sollen um 200 Euro erhöht werden.

Neben den Entgeltsteigerungen setzen die Gewerkschaften sich gemeinsam dafür ein, dass die Arbeitsbedingungen der rund 300.000 studentischen Beschäftigten endlich tariflich geregelt werden. Die GEW-Forderung, dass die seit 2019 bestehende Verhandlungszusage zur Weiterentwicklung der Lehrkräfte-Eingruppierung und Einführung der vollständigen Paralleltabelle endlich eingelöst wird, ist ebenfalls Teil des gemeinsamen Forderungsbeschlusses. Darüber hinaus erwarten die Gewerkschaften bessere Arbeitsbedingungen, u.a. durch eine Angleichung Ost an West und stufengleiche Höhergruppierungen. Für Gewerkschaftsmitglieder sollen Vorteilsregelungen geschaffen werden. Um über Verbesserungen für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder verhandeln zu können, fordern die Gewerkschaften ein Sonderkündigungsrecht der Regelungen für diese Beschäftigtengruppe. GEW-Tarifchefin Annett Lindner betonte: „In der Tarifrunde kommt es vor allem darauf an, gemeinsam mit den

anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine gute Entgeltsteigerung zu erreichen. Denn auch wenn die Inflationsrate nicht mehr so hoch ist wie in den Jahren zuvor, steigen die Preise weiter. Die Beschäftigten brauchen dringend mehr Einkommen, um ihren Lebensstandard halten zu können. Als GEW gibt es uns Rückenwind, dass die Weiterentwicklung der Lehrkräfte-Entgeltordnung Teil der gemeinsamen Forderungen aller Gewerkschaften für die Tarifrunde ist.“

In der Länder-Tarifrunde geht es um rund 2,6 Millionen Beschäftigte, von denen etwa die Hälfte im Bildungsbereich, an Schulen, Hochschulen, und von den Bundesländern betriebenen Kitas arbeiten. Darunter 245.000 angestellte und 684.00 verbeamtete Lehrkräfte. Die Gewerkschaften erwarten, dass das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen übertragen wird.

7 PROZENT MEHR!



DIE GEW AUF DEM WEG ZUR TARIFGEWERKSCHAFT

Tarifrunde TV-L 2025/26 an den Hochschulen

Die TVÖD Bund Tarifrunde Anfang des Jahres war von einer besonderen Dreistigkeit der Arbeitgeberseite gekennzeichnet.

Erst in der dritten Runde wurde ein erstes Angebot vorgelegt.

Von Gero Wollgarten, Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung



Die Vorbereitungen laufen – Infostand an der HHU

Angesichts der allgegenwärtigen Kürzungen in den Landshaushalten werden auch von der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) keine Geschenke zu erwarten sein. Bereits jetzt sind in NRW Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe an den Hochschulen geplant. (<https://www.forschung-und-lehre.de/politik/120-millionen-euro-weniger-fuer-nrw-hochschulen-7379>)

Diese Einsparungen würden vor allem das befristet beschäftigte Personal der Universitäten treffen, da in anderen Bereichen kaum Flexibilität besteht. Die genutzten Gebäude werden beispielsweise zu festen Preisen über den Bau

und Liegenschaftsbetrieb NRW vom Land gemietet.

Die TV-Stud Bewegung hat es vorgemacht

In der letzten TV-L Tarifrunde hat die starke TV-Stud Bewegung gezeigt, was mit guter Organisation und Streikbereitschaft möglich ist. Erstmals wurde flächendeckend an 80 Hochschulen gestreikt. Aus dem Stand konnten einheitliche Regelungen für studentische Beschäftigungsverhältnisse in der Tarifeinigung festgehalten werden. Zwar kein Tarifvertrag, aber ein wichtiger Grundstein. Ich selbst habe diese Ver-

einbarung 2023 aufgrund der niedrigen vereinbarten Mindestlöhne als zu ambitionslos kritisiert. Die Stundensätze an der HHU lagen stets deutlich darüber. Doch diese komfortable Situation hat sich zum Sommersemester 2025 gewandelt. Die Medizinische Fakultät ist aus der turnusmäßigen Erhöhung der Gehälter ausgestiegen, während die vier übrigen Fakultäten die Gehälter angehoben haben. Die Medizinische Fakultät wollte am Stundensatz von 13,91€ für studentische Hilfskräfte (SHK, Studierende ohne jeglichen Studienabschluss) festhalten. Hier konnte der Personalrat aufgrund der Tarifeinigung zumindest die Anhebung auf den schuldrechtlich vereinbarten Stundensatz von 13,98€ durchsetzen. Trotzdem klafft nun eine Gehaltslücke zum Stundenlohn von 14,60€ an den vier anderen Fakultäten, die nicht sachlich zu begründen ist.

Tarifpolitik in den Fokus gewerkschaftlichen Handelns setzen

Um für die anstehende Tarifrunde gerüstet zu sein, werden die Kolleginnen an den Hochschulen seit dem Sommer für die Tarifrunde sensibilisiert. Der Bundesvorstand hat Ansprachetrainings organisiert und öffnet die Forderungsfindung für den Bereich Hochschulen auch für Inputs der gewerkschaftlichen Basis. Bei uns in Düsseldorf wurde im an der Heinrich-Heine-Universität eine regelmäßige gemeinsame Mittagspause der Aktiven von GEW und ver.di etabliert, um sich zu persönlich kennenzulernen und gemeinsame Aktionen zu planen. Lokale Initiativen benötigen jedoch den Rückhalt ihrer Gewerkschaft. Aktuell ist die GEW sowohl im Bereich Tarifpolitik als auch an den Hochschulen schwach aufgestellt. **Die Hochschulen in NRW bergen dabei ein großes Potenti-**

al, mit dem die GEW in Tarifrunden an Gewicht gewinnen könnte. Alleine an der Heinrich-Heine-Universität arbeiteten im Dezember 2023 2.447 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen. Verbeamtet ist nur ein Bruchteil der Beschäftigten. Die Zahl der Hilfskräfte wird in den veröffentlichten Zahlen nicht ausgewiesen. Im Gegensatz zu den stark vereinzelt Tariffbeschäftigten im Schulbereich arbeiten an der Uni Düsseldorf alle zentral auf einem Campus, also in einem Betrieb. Zugleich sind die Arbeitsverhältnisse besonders prekär. Nur etwa 25% (GEW Studie zu Befristungsquoten an Hochschulen weist nur Zahlen bis 2022 aus: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/befristungspraxis-unter-der-lupe>) der Arbeitsverträge aller wissenschaftlich Beschäftigten sind unbefristet. **Die Kombination aus überwiegender Tariffbeschäftigung, prekären Arbeitsverhältnissen und einem gemeinsamen räumlichen Arbeitsort sind ein idealer Nährboden für gewerkschaftliches Wirken!** Wenn wir dieses Potential heben wollen, müssen wir uns als GEW verändern. Der Bundesvorstand macht es bereits vor, indem er die Hochschulen verstärkt in den Fokus rückt. Jetzt ist es in NRW an der Zeit zu folgen und Identifikationsangebote für die Mitglieder in Hochschule und Forschung zu schaffen. Hochschulbeschäftigte müssen sich im Handeln der GEW wiederfinden können. **Tarifpolitik und Streikrecht sind gewerkschaftliche Alleinstellungsmerkmale.** Schulpolitische Lobbyarbeit wäre auch als Verein möglich. Wenn wir diese Kernthemen nicht in den Fokus unseres gewerkschaftlichen Handelns setzen, werden wir langfristig zu einer Rechtsschutzversicherung mit Mitgliederzeitung.

DIE AFD HAT KEINEN PLATZ AN UNSEREN SCHULEN!

Am Samstagmorgen, dem 8. November war es in Düsseldorf wieder soweit. Die AfD veranstaltete in einer städtischen Schule in Derendorf einen Kreisparteitag. Dieser Sonderparteitag wurde wohl auf Grund von Querelen und einem verschärften Machtkampf im Lager der besonders radikalen Kräfte um den Vorstandsvorsitz einberufen.

Es ist in unserer Stadt ja schon seit vielen Jahren Tradition, dass keine Veranstaltung dieser Rechtsaußen ohne Protest der Stadtgesellschaft ablaufen kann. So war es auch diesmal. Obwohl der Termin dieser Veranstaltung erst zwei Tage vorher bekannt war, versammelten sich fast 60 Düsseldorfer:innen vor dem Hintereingang der Justus-von-Liebig-Realschule, um die Parteimitglieder gebührend mit Piffen und Sprechchören zu empfangen. Etliche Anwohner:innen, die "Eltern gegen Rechts", "Düsseldorf stellt sich quer", die "Omas gegen Rechts", einige Lehrerkolleg:innen der GEW und Vertreter der "Christen gegen Faschisten" unterstützten lautstark den Gegenprotest. **Danke dafür!**

Kaspar Michels

Ausführlicher Bericht hier: <https://www.ddorf-aktuell.de/2025/11/08/duesseldorf-buergerinnen-demonstrieren-erneut-gegen-die-afd/> <https://t1p.de/6x9pu>



AFD BUNDESWEIT § § § § § „RECHTSEXTREMER VERDACHTS FALL“

Zum Redaktionsschluss kündigte DSSQ bereits den nächsten Protest an gegen einen „Informationsabend“ der AfD im Bürgerhaus Bilk mit rechten Promis aus Österreich!

Wir danken DSSQ für den unermüdlichen Kampf gegen die mittlerweile auch vom Verfassungsschutz als in Teilen rechtsextremistisch eingestufte AfD.



Fotos:
Protest vor der
Derendorfer
Schule

Dazu in der „Zeit“

(Auszüge <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-07/bundesverwaltungsgericht-afd-rechtsextrem-verdachtsfall>, <https://t1p.de/lbe9a>):

Das Bundesverwaltungsgericht hat eine Beschwerde der AfD wegen ihrer Einstufung als rechtsextremer Verdachtsfall zurückgewiesen. Das teilte das Gericht in Leipzig mit. Das Urteil des Obergerichts Münster (OVG) von 2024, das die Einstufung gebilligt hatte, wurde damit rechtskräftig. Das OVG erlaubte keine Revision gegen sein Urteil – das Bundesverwaltungsgericht wies nun die Beschwerde gegen diese Nichtzulassung ab...

Ein Jahr nach dem Urteil aus Münster, Anfang Mai dieses Jahres, stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD als gesichert rechtsextremistisch ein. Darum ging es in dem Verfahren aber nicht. Gegen die Hochstufung setzt sich die Partei vor dem Verwaltungsgericht Köln zur Wehr. Bis dieses darüber entscheidet, ist die Einstufung als gesichert rechtsextremistisch vorerst ausgesetzt. Die Landesorganisationen in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg wurden vom Verfassungsschutz bereits zuvor als gesichert rechtsextrem betrachtet.

NORMALISIERUNG VON RECHTS

Aktiv gegen Rechts

Die neue Mitte-Studie 2024/25 ist da: „Die angespannte Mitte“: Demokratiefindliche Einstellungen normalisieren sich. Zwar ist die Mehrheit der Menschen demokratisch eingestellt und besorgt wegen des zunehmenden Rechtsextremismus. In der Mitte der Gesellschaft gibt es zugleich aber eine Normalisierung bezüglich antidemokratischer Aussagen. 11.11.2025

Obwohl klar rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft zurückgehen, normalisieren sich demokratiefeindliche Ansichten, und das Misstrauen in die Institutionen nimmt zu. Das ist ein Ergebnis der aktuellen Mitte-Studie 2024/25 der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) mit dem Titel „Die angespannte Mitte“. Die Befragten wünschen sich mit absoluter Mehrheit aber auch mehr Bildung zu den Themen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Demokratie.

Gut drei Viertel der Menschen in Deutschland (76,1 Prozent) lehnen laut Studie rechtsextreme Einstellungen ab. 3,3 Prozent der Bevölkerung haben indes ein rechtsextremes Weltbild. 19,8 Prozent stimmen nationalchauvinistischen Aussagen zu. Ein Viertel ist der Ansicht: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“.

Steigendes Misstrauen in die Demokratie

Parallel wächst das Misstrauen in die Demokratie: 21,5 Prozent haben kein

Vertrauen in die demokratischen Institutionen, 18,2 Prozent in demokratische Wahlen. Das sind dreimal so viel wie vor vier Jahren. Nur noch knapp mehr als die Hälfte (52 Prozent) stimmt der Aussage zu „Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut.“

Zwar meinen 87,7 Prozent, in einer Demokratie solle die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen. Zugleich ist ein Drittel (34,1 Prozent) der Ansicht, „im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren“. Ein Viertel (25,3 Prozent) sagt, es werde zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen, mehr als jeder Zehnte (10,8 Prozent) lehnt es ab, die Grundrechte von Minderheiten zu schützen.

Normalisierung demokratiefeindlicher Einstellungen

Bei rechtsextremen Einstellungen beobachtete das Forschungsteam unter Leitung von Prof. Andreas Zick von der Universität Bielefeld Gewöhnungseffekte und eine Normalisierung. So teilt je etwa ein Drittel abwertende Ein-

stellungen gegenüber Asylsuchenden (30,2 Prozent) und Langzeitarbeitslosen (36,1 Prozent). Auch antisemitische Einstellungen sind verbreitet. 17,0 Prozent stimmen israelbezogenem Antisemitismus eher oder ganz zu, weitere 22,4 Prozent stimmen teils/teils zu.

Mehr politische Bildung gefordert

61 Prozent der Befragten halten Bildung für ein wichtiges Instrument in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, 25 Prozent teilweise. Bildung solle daher gestärkt werden; dabei komme es auf Mündigkeit, Autonomie und Demokratieerfahrungen sowie auf Politik- und Digitalkompetenz ausgelegte Bildungs-, Erziehungs- und Sozialisationssettings in Schulen an.

„Für die Demokratie scheint es (über-) lebensnotwendig, jungen Menschen so viel Bildung wie möglich als ein wirksames Mittel für Resilienz gegenüber Demokratiefeindlichkeit zukommen zu lassen“, bilanzieren die Studienautoren.

Das sieht die GEW ähnlich. Angesichts zunehmender Angriffe von Rechtsau-

ßen auf Demokratie und Bildung sagte GEW-Vorsitzende Maike Finnnern:

„Wir sind nicht neutral. Wir machen uns stark für soziale Gerechtigkeit, für gute und chancengleiche Bildung sowie für gute Arbeitsbedingungen. Denn gerade in Zeiten, in denen Rechtspopulisten und Faschisten Hass und Hetze normalisieren wollen, ist es unsere Aufgabe, klare Haltung zu zeigen und für eine solidarische Gesellschaft einzutreten.“

Mit Blick auf das von der äußersten Rechten oft angeführte und falsch ausgelegte Gebot politischer Neutralität, mit dem Lehrkräfte verunsichert werden sollen, heißt es in der Studie: „Dabei sind der Beutelsbacher Konsens und politische Bildung gerade nicht wertneutral, sondern an Grund- und Menschenrechte, Verfassungsprinzipien und Pluralismus gebunden. Das heißt, dass Lehrkräfte sogar verpflichtet sind, einer Verletzung dieser Prinzipien an der Schule deutlich entgegenzutreten und sie nicht als legitime Positionen neben anderen zu tolerieren.“

Die repräsentativen Mitte-Studien der FES geben Auskunft über die Verbreitung, Entwicklung und Hintergründe rechtsextremer, menschenfeindlicher und antidemokratischer Einstellungen in Deutschland. Seit 2006 gibt es etwa alle zwei Jahre eine neue Ausgabe. Die aktuelle, knapp 430 Seiten lange Analyse befasst sich in zwei eigenen Kapiteln auch mit den Themen Schul- und Bildungsvorstellungen sowie Politische Bildung.

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/demokratiefeindliche-einstellungen-normalisieren-sich>, <https://t1p.de/3oo6t>

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/wir-erleben-ein-revival-menschenfeindlicher-haltungen>, <https://t1p.de/at78f>

PETITION JETZT UNTERZEICHNEN!

Lehrkräfte stärken gegen Hass und Hetze:

Lehrkräfte, die sich klar für demokratische Grundwerte, Menschenrechte und den Schutz vor Diskriminierungen einsetzen, stehen viel zu oft allein da. Sie brauchen JETZT Rückendeckung von den zuständigen Ministerien und Schulaufsichtsbehörden, in Form von klaren Leitlinien und Rechtssicherheit.

Alle Informationen dazu auf der Seite der GEW: <https://t1p.de/3uew7>

Du kannst die Petition auch direkt bei WeAct unterzeichnen! <https://t1p.de/ixcz2>

Bis zum Redaktionsschluss wurden knapp 200.00 Unterschriften erreicht!

Petition

Die Petition an die zuständigen Kultus-/Bildungsministerien und nachgeordneten Behörden wurde gestartet von Teachers for Future, GEW, Greenpeace, Bundeschülerkonferenz, Eltern gegen Rechts und der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung:

Eine Lehrerin meldet der Schulleitung eine **Hakenkreuz-Schmiererei im Schulgebäude** – und nichts passiert. Ein Referendar trägt im Dienst ein T-Shirt mit dem Slogan „Kein Mensch ist illegal“ – und wird dem Vorwurf der Indoktrination ausgesetzt. Lehrkräfte machen rassistische Übergriffe, queer-feindliche Vorfälle und Antisemitismus an ihren Schulen zum Thema – und erleben Schweigen, Wegschauen oder gar persönliche Bedrohungen.

Diese Beispiele zeigen ein wachsendes Problem: Lehrkräfte, die sich klar für demokratische Grundwerte, Menschenrechte und den Schutz vor Diskriminierungen einsetzen, stehen viel zu oft allein da und erleben eine mangelnde Rückendeckung durch die Schulaufsichtsbehörden.

Schulen sind keine neutralen Räume gegenüber Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Sie haben den Auftrag, junge Menschen auf dem Weg zur Mündigkeit zu begleiten und sie gegen Hass, Ausgrenzung und antidemokratische Tendenzen zu stärken. **Demokratie muss an Schulen gelebt und geschützt werden.** Sie braucht Haltung – Neutralität ist keine Option!

Unsere Forderung:

Damit Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte in ihrem demokratischen Bildungsauftrag gestärkt werden, braucht es JETZT deutliche und sichtbare Rückendeckung von den zuständigen Ministerien und Schulaufsichtsbehörden – in Form von klaren Leitlinien und Rechtssicherheit, tragfähigen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sowie mehr Ressourcen zur Stärkung der Politischen Bildung in der Schule.

Warum ist das wichtig?

Haltung statt Zurückhaltung – das gilt auch für die Behörden!

Autoritäre Kräfte missbrauchen den **Mythos eines angeblichen „Neutralitätsgebotes“**, um Lehrkräfte einzuschüchtern und demokratisches Engagement zu diskreditieren. Über Meldeportale, parlamentarische Anfragen, Kampagnen und Bedrohungen wird gezielt ein Klima der Angst geschürt. Das Neutralitätsgebot des Staates verpflichtet zwar zur parteipolitischen Zurückhaltung. Es bedeutet jedoch nicht, dass Lehrkräfte gegenüber diskriminierenden, demokratiefeindlichen oder menschenverachtenden Positionen stillhalten müssen. **Im Gegenteil: Der gesetzliche Bildungsauftrag verlangt von Schulen und Lehrkräften eine klare Haltung zu Grund- und Menschenrechten** und den Prinzipien unserer Demokratie – fachübergreifend und im gesamten Schulalltag.

Deshalb fordern wir verstärkte Rückendeckung und Unterstützung durch folgende Maßnahmen:

- 1. Klare Leitlinien:** Es braucht unmissverständliche offizielle Klarstellungen, dass Lehrkräfte auf der Grundlage von Grundgesetz und Landesverfassungen verpflichtet sind, Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aktiv zu verteidigen.
- 2. Rückendeckung, Rechtssicherheit und Schutz:** Lehrkräfte, die sich für die Werte und Prinzipien unserer pluralistischen Demokratie engagieren, müssen bei Vorwürfen und Bedrohungen konsequent geschützt und rechtlich abgesichert werden.
- 3. Hilfs- und Beratungsstrukturen:** Es braucht klar definierte und transparente Handlungsketten, Beschwerdestrukturen und Ansprechpersonen in Schulen und Behörden, unabhängige Beratungsstellen und juristische Unterstützung für Betroffene.
- 4. Konkrete Hilfen für den Schulalltag:** Fortbildungen, Materialien und verbindliche Erlasse müssen Schulleitungen und Lehrkräfte praktisch stärken.
- 5. Förderung von Demokratischer Schulentwicklung:** Schulen benötigen Räume, personelle Ressourcen und multiprofessionelle Kooperationen, um sich als demokratische Lernorte mit den menschenrechtlichen Prinzipien der Partizipation, des Schutzes vor Diskriminierung und der Inklusion weiterzuentwickeln.
- 6. Stärkung der Politischen Bildung:** Politische Bildung muss als Unterrichtsfach abgesichert und Demokratiebildung als schulisches Prinzip ausgebaut werden.
- 7. Flächendeckendes Monitoring und Konsequenzen:** Demokratiefeindliche und diskriminierende Vorfälle an Schulen müssen systematisch erfasst, mit möglichen Maßnahmen zur Intervention dokumentiert und konsequent nachverfolgt werden.

Schulen sind Orte gelebter Demokratie.

Unterstützen Sie unsere Forderungen!

DÜSSELDORF HAT GEWÄHLT

Koalition mit der CDU oder freie Mehrheitsfindung?

Der Schulpolitische Stammtisch der GEW - Senior:innen nahm sich auf seiner gut besuchten Sitzung am 7.10.25 eine Wahlanalyse mit Parteien-Vertreter*innen vor, mit den Ratsmitgliedern Anne Hahn (Volt, Bild re.), Mirja Cordes (Grüne), und Thomas Köster (Linke); es nahmen auch GEW-Mitglieder teil, die in anderen Düsseldorfer Organisationen aktiv mitwirken (z.B. Omas gegen Rechts).

Bericht von Detlev Wöske, Vorstand des Stadtverbandes (verantwortlich).

Nachtrag von Kaspar Michels

Zu Beginn der Veranstaltung, die mit Hilfe einer kleinen Präsentation modelliert wurde, ging es um den Rückblick auf die Wahl und mögliche Ratskoalitionen; erste Kontakte zwischen CDU und den Grünen und auch mit Volt hatten bereits stattgefunden: Die Grünen (20 Sitze) würden mit der CDU (31 Sitze) eine stabile Mehrheit im Stadtrat haben, scheinen aktuell aber nicht gerade der Wunschpartner von S. Keller zu sein, und Volt (2 Sitze), die bereits mit der SPD (14 Sitze) eine Fraktion gebildet haben, kämen mit der CDU auf eine knappe Mehrheit von 2 Stimmen, die vom OB mit eingerechnet.

M. Cordes wies in ihrem Wahl-Rückblick darauf hin, dass die CDU bei der aktuellen Wahl im Vergleich zu 2020 deutlich gestärkt wurde: gegen sie ist keine Koalition mehr möglich, und über die von Keller geforderte Koalition – keine Kooperation mehr wie vorher mit den Grünen – würde der jeweilige Koalitionspartner fest an die CDU gebunden. Allerdings wollen sich Grüne und SPD/Volt, so ihre VertreterInnen, nicht gegeneinander ausspielen lassen und solidarisch bleiben, obwohl sie Konkurrenten bei der Regierungsbeteiligung sind.

T. Köster machte dann zur Koalitionsproblematik den interessanten Vor-

schlag, ohne jede Koalition ein System wechselnder Mehrheiten zu anstreben, wie es etwa in Dortmund jahrelang praktiziert wurde, was bürgernahe, an der Sache orientierte Entscheidungen ermögliche. Das wurde allerdings sowohl von M. Cordes als auch A. Hahn abgelehnt, einmal mit dem Hinweis, dass dies in Dortmund nur mit einem SPD-OB funktioniert habe (dort aber nun ein CDU-OB), zudem würden wechselnde Mehrheiten die erstarkte AFD (verdreifacht auf 10 Sitze) stärken, man stelle sich „Antragsspiele“ vor, wenn die AFD Forderungen der CDU in den Rat einbrächte.

Dies leitete zur nächsten Diskussionsrunde zwischen Ratsvertreter:Innen und Publikum ein, zum „Umgang mit der erstarkten AFD“, diesmal eingeleitet von der Warnung des DSSQ-Vertreters – er hat Erfahrungen mit den Mitgliedern der Rechten – vor den aggressiven, rhetorisch geschulten neuen Ratsmitgliedern der AFD, z.T. aus der Burschenschaft Rhenania.

Angesichts deren Wahlerfolge in den Bezirken 10 (5 Mandate von 19) und Teilen der BV8 und BV 6 – mit Bewohnern in prekären Verhältnissen – verwies T. Köster auf die bestehende soziale Ungerechtigkeit in der

Einkommensverteilung; M. Cordes kommentierte diese Erklärung als zu einfach, dürfte dabei wohl an die unzulängliche (Bundes-) Politik oder den Männlichkeits-Beschwörung bei Teilen junger Leute gedacht haben. Die emotional vorgetragene Forderung eines Teilnehmers, keinesfalls mit der AFD zusammenzuarbeiten, wurde von den PolitikerInnen einhellig geteilt.

Danach ging es um die Wohnungspolitik, wozu alle PolitikerInnen den Bau bezahlbarer Wohnungen forderten, entsprechend der versprochenen 8000 neuen Wohnungen, davon 4800 geförderte Wohnungen, zusätzlich noch eine Anzahl von Gruppenwohnungen (für Seniorinnen, Azubis, Studierende; Zahl entsprechend einer Quotierungsregelung von 2023). M. Cordes bezweifelte hier allerdings die zügige Umsetzung dieser Versprechen. Weiterhin forderten sie und A. Hahn – T. Köster hatte die Veranstaltung zwischenzeitlich aus Termingründen verlassen – die Ausweitung der Erhaltungssatzung für Unterbilk auf andere Stadtteile, z.B. Golzheim; beim darin enthaltenen Verbot von Luxus-Sanierungen gebe es aber immer noch keine genauen Umsetzungskriterien.

Zum Wohnungsbau monierte eine Teilnehmerin Probleme bei der Förderung genossenschaftlichen Wohnens, besonders bei der Finanzierung der Kosten für städtische Erbpacht-Grundstücke; und eine Teilnehmerin berichtete von – zu einfachen – Kündigungen wegen Eigenbedarfs, was Familien z.T. mehrfach zu teuren Umzügen zwang. Zudem lebt sie inzwischen in einer zu großen Wohnung, kleinere würden aber genau soviel kosten wie die eigene – warum dann umziehen. (Im ersten Quartal 2025 betrug die Kaltmiete

durchschnittlich 13,48 €/m² im Bestand und 16,58 €/m² im Neubau, zu teuer!) Zum Ende hin wurden den Politikerinnen noch Probleme der Verkehrswende in D'dorf mit auf den (Heim-) Weg gegeben, die unsoziale Verteuerung des ÖPNV im März 2025 (Wegfall der Kurzstrecke und der billigeren Mehrfahrten-Tickets) und eine weitere angekündigte Preiserhöhung; zudem wurden komfortable Gehwege für SeniorInnen und behinderte Menschen angemahnt, die Umsetzung des versprochenen Radwege-Ausbaus und die Verkehrsberuhigung für Sicherheit und Lärmschutz gefordert.

Und zuletzt – inzwischen unter Zeitdruck – forderte ein GEW-Mitglied von den Politiker*innen, sich für den Erhalt des Riel-Kollegs (WbK) als Teil des schulischen zweiten Bildungsweges einzusetzen, wo junge Erwachsene analog zur gymnasialen Oberstufe ihr Abitur machen können. Und er wandte sich gegen die Auflösung der Förderschule unter den derzeitigen Personal-Bedingungen, wie von einigen Gruppen unter dem Motto „Inklusion“ gefordert, und warb für die GEW-Perspektive einer "Schule des gemeinsamen Lernens" als inklusives Bildungssystem.

Am Ende dankten alle den drei PolitikerInnen für ihre Bereitschaft, mit uns über die Wahl zu diskutieren, bei den für sie anstehenden Terminen nicht selbstverständlich.



**Nachtrag von Kaspar Michels zum Bericht/Protokoll
des letzten Stammtisches der GEW- Senior:innen.**

„Obwohl wir eine Bildungs- und Erziehungsgewerkschaft sind, war das Thema "Schule" in der Wahnachlese mit den drei ausgesuchten Parteivertreter:innen überhaupt nicht vorgesehen. Ich habe das gegen Ende der Diskussion eingefordert, zwei aktuelle Themen eingebracht mit 2 klaren Forderungen, die sich im Protokoll nur teilweise wiederfinden.

Nicht einverstanden bin ich mit der Teilnahme der "Presse“.

Nicht einverstanden bin ich auch damit, dass die SPD nicht eingeladen wurde, obwohl ich kein Sozialdemokrat bin. Es war in meiner aktiven Zeit als Personalrat und GEW- Vorstandsmitglied immer wieder die SPD, die unsere Themen und Anträge in Ausschüsse und in den Rat eingebracht hat. Sie bei einer gewerkschaftlichen Wahnachlese nicht einzuladen, ist ein Unding!

Hier die beiden bildungspolitischen Forderungen:

- Erhalt des Riel-Kollegs (WbK) als Teil des schulischen zweiten Bildungsweges, als Düsseldorfer Vollzeittagesschule, an der junge Erwachsene analog zur gymnasialen Oberstufe des ersten Bildungsweges und unabhängig von einer beruflichen Schwerpunktsetzung ihr Abitur machen können.
- Durch das singuläre Auflösen einer Schulform, der Förderschule, wird das Bildungssystem auch in Düsseldorf nicht inklusiv! Politische Gruppen, auch die Linke, die in ihrer Wahlwerbung die populistische Forderung "Abschaffung der Förderschule" vertreten haben, scheinen die schulische Realität nicht (gut) zu kennen. Zur langfristigen Überwindung des gegliederten Schulsystems in Richtung eines inklusiven Bildungssystems in Form einer "Schule für Alle" oder einer "Schule des gemeinsamen Lernens" bleibt m.E. im Rahmen des Transformationsprozesses weiterhin ein konkreter Bedarf an Förderschulen bestehen, um insbesondere Schüler:innen mit schweren geistigen und kör-

perlichen Beeinträchtigungen, die auf pflegerische Hilfe (u.a. beim Wickeln und bei der Ernährung über Sonde) angewiesen sind, Schüler:innen mit tiefgreifenden Entwicklungsstörungen im Bereich der Autismus. Spektrum-Störung oder mit erheblichen Störungen in der schulischen Integration überhaupt adäquat fördern zu können. Das "Unterbringen" dieser Kinder und Jugendlichen unter dem "Deckmantel" der Inklusion an anderen Schulstandorten, die leider in vielen Fällen dem notwendigen sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf der Schüler:innen nicht gerecht werden können, verbessert allenfalls die Integrationsstatistik!

- Das Ziel unserer GEW bleibt eine "Schule für Alle", aber dann mit einer angemessenen finanziellen und räumlichen Ausstattung, mit einer spezialisierten Struktur und tragenden pädagogischen Konzepten, mit multiprofessionellen Teams, mit einer doppelten Lehrerbesetzung pro Klasse, mit Sozialarbeiter:innen, Krankenpflegepersonal, Psycholog:innen und Schulbegleiter:innen..."

Aktualisierung der Mehrheitsverhältnisse im Rat

Bei Redaktionsschluss war die für den Stadtverband wichtige Bildung der Ausschüsse des neuen Stadtrates abgeschlossen.

- Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung:
Alexander Fils (CDU, Vorsitz), Fabian Zachel (SPD, Stellvertreter)
- Ordnungs- und Verkehrsausschuss: Andreas Auler (CDU),
Norbert Czerwinski (Grüne)
- Ausschuss für Gesundheit und Soziales: Antonia Frey (Grüne),
Andreas-Paul Stieber (FDP)
- Gleichstellungsausschuss: Sabine Humpert-Kalb (SPD),
Arantzazu Bößem (CDU)
- **Schulausschuss: Stefan Wiedon (CDU), Hakim El Ghazali (SPD)**
- Anregungs- und Beschwerdeausschuss: Christine Rachner (FDP),
Massoud Ghahremani (SPD)
- Kulturausschuss: Markus Raub (SPD), Andreas Hartnigk (CDU)
- Wirtschaftsausschuss: Claus Henning Gahr (AfD),
Jörk Cardeneo (Grüne)
- Rechnungsprüfungsausschuss: Thomas Eberhardt-Köster (Linke),
Marco Vogt (AfD)
- Bauausschuss: Andreas Hartnigk (CDU), Kira Heyden (Grüne)
- Ausschuss für Öffentliche Einrichtungen: Christian Rütz (CDU),
Sigrid Lehmann (Linke)
- Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung:
Frank Schulz (Grüne), Angelika Penack-Bielor (CDU)
- Sportausschuss: Burkhard Albes (SPD), Dirk-Peter Sültenfuß (CDU)
- Umweltausschuss: Lukas Mielczarek (Grüne), Philipp Thämer (CDU)
- Ausschuss für Digitales: Stephan Speit (CDU),
Barbara Flatters (Grüne)
- Wahlprüfungsausschuss: Dirk Angerhausen (CDU),
Mirko Rohloff (FDP)

Damit hat die CDU sieben Ausschussvorsitze inne, die Grünen und die SPD jeweils drei. Je einen Ausschussvorsitz gibt es für die FDP, die Linke und die AfD.

CDU und Grüne bilden eine Koalition und haben somit die klare Stimmenmehrheit im Gremium. SPD und Volt haben sich zu einer gemeinsamen Fraktion zusammengefunden. Eine gemeinsame Ratsgruppe bilden Tierschutz, Freie Wähler und „Die Partei“.

Zudem wurden am Donnerstag die drei Düsseldorf Bürgermeister gewählt: Josef Hinkel (CDU), Clara Gerlach (Grüne) und Fabian Zachel (SPD). Während Hinkel und Gerlach damit ihr Amt weiter ausführen, ersetzt Zachel in der neuen Legislaturperiode Vorgängerin Klaudia Zepunkte, die nicht mehr als Bürgermeisterin kandidieren wollte. 92 Ratsleute und OB Keller (CDU) gaben ihr Votum ab bei der Oberbürgermeisterwahl: 79 Ja-Stimmen, sieben Enthaltungen und sieben Nein-Stimmen für den neuen alten OB! **Wir gratulieren zur Wahl!**

DEUTSCHER SCHULPREIS – MAN GÖNNT SICH JA SONST NICHTS!

Anlässlich einer Tagung des Verbandes der Schulaufsicht am 30. September begrüßte uns Frau Ministerin Feller begeistert mit dem Ausruf:
„Die Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck hat den Deutschen Schulpreis gewonnen! **Das ist doch eine schöne Nachricht!**“
Von Ulrike Hund

Für die Preisträger-Schule war es das bestimmt, aber auch für die Bildungsmi-
nisterin in NRW? Ich habe da meine Zweifel. In NRW wurden seit 2008 sechs
Grundschulen, zwei Förderschulen, zwei Berufliche Schulen, neun Gymnasien
und dreizehn Gesamtschulen mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet. Eine
inzwischen geschlossene Hauptschule war auch dabei. Und was unterscheidet
diese preisgekrönten Schulen von den anderen Schulen?
Liest man die Beschreibungen auf der Seite des Deutschen Schulpreises wird
deutlich, dass die Kollegien und Schulleitungen Konzepte erarbeiten und durch-
führen, mit denen sie die Herausforderungen der Lebenswelt der Schülerinnen
und Schüler meistern können. Sie kümmern sich dabei nicht um die gewünschten
Regelungen der Schulverwaltung, sondern tun das, was sie für notwendig halten,
um die Lernerfolge zu sichern. Und das erreichen diese Schulen auch mit Hilfe
besonderer Geldzuwendungen und zusätzlichem Personal.

Ist es das, was die Schulministerin freut?

Bei uns lernen alle Kinder voneinander,
füreinander und miteinander.
Deswegen unterrichten wir die Jahr-
gangsstufen 1 bis 4 gemeinsam...

Lernfamilien: heterogene, jahrgangs-
gemischte, inklusive Lerngruppen von
jeweils ca. 25 Kindern.

Verbunden mit den organisatorischen,
pädagogischen und didaktischen Verän-
derungen wurde auch das Schulgebäude
sukzessive umgebaut.

**Um solche Lerngelegenheiten zu
ermöglichen, ist es notwendig im Un-
terrichtsraster einen Platz zu schaffen,
der ein fächerübergreifendes, an den
4Ks ausgerichtetes Lernen bietet.**

**Der Ganztagsbetrieb ermög-
licht es den Schülerinnen
und Schülern, außerhalb des
Unterrichts gemeinsamen
Aktivitäten und individuellen
Interessen nachzugehen**

Die zeitlichen Vorgaben
des Ministeriums für die
einzelnen Fächer von
45-minütigen Unter-
richtsstunden werden auf
60-minütige Unterrichts-
stunden umgerechnet.

Dank einer großzügigen Spende der
Sparkasse KölnBonn erhält unsere
Schule Fördermittel in Höhe von 7.500
Euro. Mit dieser Unterstützung können
wir unsere Bildungsangebote weiter
ausbauen und die Lernbedingungen
für unsere Schülerinnen und Schüler
verbessern.

**...arbeitet eng mit kulturellen Ein-
richtungen, Vereinen, Handwerkern,
Bildungsinstitutionen sowie der
Kirchengemeinde zusammen.**

Mit seinen ca. 350 Mitgliedern, einem
Fördervolumen von 15.000-20.000 €
und weiteren Geldern von Sponsoren
und Spendern, die der Förderverein
gewinnen konnte, liefert er einen
wichtigen Beitrag zum Schulleben.

Eine kleine pädagogische Stadt im
Stadtteil, aus hellen, einladenden
Kinderhäusern für überschaubare,
altersgemischte Lerngruppen, mitei-
nander verbunden durch einen elegant
geschwungenen Schulflur, jedes Haus
mit direktem Zugang zum Schulhof, der
kein Hof ist, sondern eine Wiese mit
Bachlauf.



Deutscher Schulpreis

Checken Sie selbst zum Spaß, ob Ihre Schule eine Chance hat!

	Ja	Punktzahl
Die Schule liegt in einem Stadtteil mit hohem „Erneuerungsbedarf“		2
Die Schule arbeitet im Ganztagsbetrieb (auch ohne Genehmigung!)		10
Die Zusammensetzung der Schülerschaft schafft besondere pädagogische Voraussetzungen		4
Zusätzliches Personal steht dauerhaft zur Verfügung		10
Die Stundenpläne weichen entscheidend von den ministeriellen Vorgaben ab		6
Es werden interessante pädagogische Projekte erprobt		8
Das Schulteam arbeitet nach gemeinsam erarbeiteten Grundsätzen		4
Es ist eine private Ersatzschule		10
Unterricht erfolgt in Jahrgangsmischungen und an anderen Lernorten		6
Der Schulträger investiert mehr Geld als unbedingt nötig		10
Die Schule hat schon irgendeine Auszeichnung erhalten		5
Förderverein und Sponsoren finanzieren gewünschte Projekte		10
Summe		

Wenn Sie mindestens 55 Punkte erreicht haben:

Melden Sie sich an!

<https://www.deutscher-schulpreis.de/beratung-fuer-interessierte-schulen>



180 NEUE REFERENDARE

Am 28. Oktober 2025 wurden am Städtischen Geschwister-Scholl-Gymnasium in Düsseldorf etwa 180 neue Referendare und Referendarinnen für die Schulform Gymnasium /Gesamtschule feierlich vereidigt. Die Zeremonie markiert den Beginn eines wichtigen Kapitels in der beruflichen Laufbahn der angehenden Lehrkräfte. Von Kristin Deutsch, Vorstand

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) war während der Veranstaltung vor Ort und zeigte sich tatkräftig. Vertreter des Stadtverbandes Düsseldorf der GEW verteilten wertvolle Materialien, die den neuen Referendaren helfen sollen, sich in dem neuen Umfeld zurechtzufinden und erfolgreich zu starten.

Mit viel Enthusiasmus und Motivation beginnen die frisch vereidigten Lehrkräfte nun ihre praktische Ausbildung. Wir wünschen allen Referendaren viel Erfolg auf ihrem Weg und hoffen, dass sie die Schüler*innen mit ihrem Engagement und ihrer Leidenschaft für das Lehren inspirieren können.



DIE KOHLE MUSS STIMMEN ...

auch im Referendariat.

Im Vorbereitungsdienst, der letzten Etappe der Lehrkräfteausbildung, werden die Referendarinnen und Referendare bezahlt, aber sowas von ...

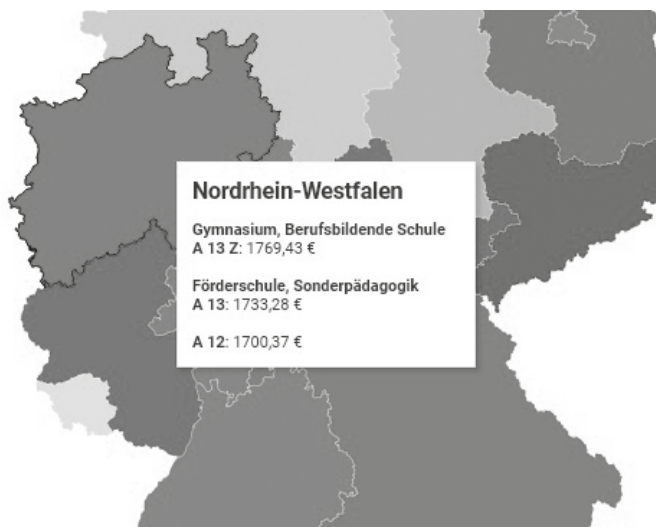
Alle Infos dazu hier:

<https://www.gew.de/vorbereitungsdienst/bezahlung-im-vorbereitungsdienst>

Alle Bundesländer beschäftigen ihre Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst in der Regel als „Beamte auf Widerruf“. Als solche steht ihnen eine Besoldung als

„Beamtenanwärter“ zu. Diese besteht aus einem sogenannten Anwärtergrundbetrag sowie den im Beamtenrecht üblichen Zulagen für Kinder und (in den meisten Bundesländern) Ehegatten.

Die Anwärtergrundbeträge unterscheiden sich je nach Besoldungsgruppe, der das Lehramt zugeordnet ist, für das man ausgebildet wird. Die meisten Lehrämter sind inzwischen der Besoldungsgruppe A13 zugeordnet, teilweise mit „Studienratszulage“ (A13Z). In einigen Bundesländern werden Grundschullehrkräfte, zum Teil auch Kolleg*innen mit den alten Hauptschullehrämtern, immer noch nach A12 besoldet. Die GEW hat lange und zunehmend erfolgreich gegen diese Schlechterstellung gekämpft: GEW-Kampagne „JA13 – weil Grundschullehrerinnen es verdienen!“. Außerdem unterscheiden sich die Anwärtergrundbeträge und die familienbezogenen Zulagen von Land zu Land. GEW-Mitglieder erhalten Infos und Beratung bei ihrem GEW-Landesverband.



Die GEW fordert, die Anwärterbezüge deutlich anzuheben. Gerade jetzt in

Zeiten des Lehrkräftemangels ist sonst die Verlockung groß, gleich nach dem ersten Examen erst mal an die Schule zu gehen und Geld zu verdienen. Der Preis ist allerdings, dass man schlechter bezahlt wird als voll ausgebildete Lehrkräfte, und eine Verbeamtung ist ohne zweites Staatsexamen erst recht nicht

möglich. Auch im Vergleich zu anderen pädagogischen Berufen sind die Anwärterbezüge nicht gerade üppig. So erhalten Sozialpädagoginnen und -pädagogen im Anerkennungsjahr nach TV-L ab 1. November 2024 monatlich 2.053,54 Euro und Erzieherinnen und Erzieher im Anerkennungsjahr immerhin 1.828,26 Euro.

UNSERE PERSONALRÄTINNEN UND PERSONALRÄTE AN DEN DÜSSELDORFER SCHULEN UND HOCHSCHULEN

Die Personalräte informieren auf unserer Homepage über wichtige grundlegende Dinge:
<https://duesseldorf.gew-nrw.de/gewerkschaft-vor-ort/personalraete-kontakt-informationen>

Örtlicher Personalrat Grundschule

Büro:

Monika Maraun, 1. Vorsitzende ÖPR
Am Wehrhahn 41, 20211 Düsseldorf
Sprechzeiten per Mail oder
telefonisch erfragen:
+492118924687
monika.maraun@duesseldorf.de

Monika Maraun
KGS Paulusschule
+49172 2149755
moni.maraun@web.de

Catharina Wolff
KGS Paulusschule
+49 211 667608
catharina.wolff@schule.duesseldorf.de

Holger Thrien
GGs Beckbusch-Schule
+49 2102 717772
holger.thrien@gew-nrw.de

Hannah Heisterkamp
GGs Lennéstraße
+49 163 9281778
hannah.heisterkamp@gew-nrw.de

Maria Varriale
KGS Thomas-Schule
+49 1590 3024121
varriale@gmx.de

Astrid Zörner
KGS Fleher Schule
+49 178 8633 716
astrid.zoerner@gew-nrw.de

Dina Kirschbaum
KGS Fleher Schule
dina.kirschbaum@gew-nrw.de

Ulrich Gosebruch
GGs Knittkuhl
+49 1759497300
ullrich.gosebruch@web.de

Andrea Gellert
KGS St. Fanziskus Schule
+49 1577 3897 7456
andrea.gellert@gew-nrw.de

Sandro Monachello
KGS Werstener Friedhofstraße
+49 2112495943
sandro.monachello@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Förderschule

Nicole Kaspar

Alfred-Herrhausen-Schule
+49 211 46872458
nicolekaspar1@alice-dsl.net

Daniela Drecker

Franz-Marc-Schule
+49 211 69167622
daniela.drecker.gew@gmx.de

Bezirkspersonalrat Hauptschule

Patricia Ollesch

Gemeinschaftshauptschule am Eller Forst
+49 211 346882
pollesch@gmx.de

Bezirkspersonalrat Realschule

Andreas Dietrich

Toni-Turek-Realschule
+49 212 64527631
andreasdietrich@schule.dusseldorf.de

Bezirkspersonalrat Gesamtschule

Gabriella Lorusso

Städtische Gesamtschule Stettiner Straße
+49 173 2744416
gabriella.lorusso@gew-nrw.de

Regina Köhler

Gesamtschule Stettiner Straße
+49 176 99225964
regina.koehler@brd.nrw.de

Bezirkspersonalrat Gymnasium und Weiterbildung

Hanna Tuszyński

Städtisches Gymnasium Gerresheim
+49 211 87525881
hanna.tuszyński@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Berufskolleg

Marei Heinke

Elly-Heuss-Knapp-Schule
+49 1578 1642 104
marei.heinke@gew-nrw.de

Hauptpersonalrat Berufskolleg

Bärbel Bösche

Max-Weber-Berufskolleg
+49 211 91384874
baerbel.boesche@gew-nrw.de

Heinrich-Heine-Universität

Gero Wollgarten, 4. stellv. Vorsitzender

Med.-Fak./Studiendekanat
Tel. +49 211 81 11519
gero.wollgarten@uni-duesseldorf.de

Dominique Brasseur

Studierendenakademie
+49 211 81-13051
dominique.brasseur@hhu.de

Holger Ehlert

Studierendenakademie
+49 211 81-14747
holger.ehlert@hhu.de

Victor Roth

Zentrum für Informations- und
Medientechnologie (ZIM), 1. stellv. Vorsitzender
+49 211 81-10035
victor.roth@hhu.de

Schüler, Eltern, Lehrer demonstrierten gegen den Kreisparteitag der AfD
am 8. November in der Justus-von-Liebig Realschule in Derendorf, siehe Bericht
in dieser Ausgabe, Seite 16 ff.

